

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Konto: Stadtbank Dresden, Girokonto Blasewitz Nr. 655
Postfach-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederponitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Deyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Berner beide in Dresden.

Erhebt täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Elbgaupresse, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 4-spaltige Text-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeiträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Linie: nung gebracht. Rabattanspruch erstreckt sich: b. verpfl. Zahlung, Klage od. Konturs d. Auftraggebers

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
89. Jahrgang

Nr. 199

Freitag, den 26. August

1927

Frankreich will Deutschland zum Ostlocarno zwingen

Die für Ende September vorgesehene Zwischentagung des Reichstags wird verschoben werden müssen, weil die dem Reichsrat bis dahin zur Verfügung stehende Zeit zur Beratung des Reichsschulgesetzes zu kurz ist — Heute beginnt in Dresden die Europatagung des Bundes der Auslandsdeutschen — Zugabsturz am Mont-Blanc, 20 Tote — Bei der Schiffskatastrophe in der Nähe des japanischen Kriegshafens Kioto sind 12 Offiziere und 170 Matrosen ertrunken

Das Rheinland wird geräumt, wenn - Deutschland seine jetzige Ostgrenze anerkennt

Französische Offenheit, die uns zu Dank verpflichtet

Ein neuer Drieb gegen uns

In Paris ist gestern die Interparlamentarische Union zu ihrer 24. Tagung zusammengetreten. Aus kleinen Anfängen hat sich die lange vor Ausbruch des Krieges gegründete Union allmählich zu einem Weltparlament entwickelt, in dem fast alle Nationen der Erde vertreten sind. Allein auf dieser gegenwärtigen Tagung in Paris sind

39 Staaten aus allen fünf Weltteilen vertreten

Selbst, wenn man zu den Erfolgsaussichten der Völkerverbündnisarbeit das denkbar größte Vertrauen hat, so wird man doch zu der Auffassung gelangen müssen, daß die Interparlamentarische Union auch neben dem Völkerbund nicht nur eine Existenzberechtigung hat, sondern geradezu einer Notwendigkeit entspricht. Gerade die jüngste Zeit mit ihren weit häufiger wechselnden Volksvertretungen läßt es geboten erscheinen, durch eine Organisation, wie sie die Interparlamentarische Union darstellt, gewisse

Grundlinien für eine interparlamentarische Zusammenarbeit

zu schaffen, deren man vielleicht früher noch eher entraten konnte, als die Abgeordneteneigenschaft schon beinahe erblich zu sein pflegt.

Die diesjährige Tagung der Interparlamentarischen Union hat als Einleitung und Auftakt drei Reden gebracht, die gerade im gegenwärtigen Augenblick eine ganz besondere Bedeutung erhalten. So sprach der französische

Ministerpräsident Poincaré

in seiner Begrüßungsrede von dem furchtbaren Konflikt, der Europa und die ganze Welt zerrissen habe, von dem Krieg, dessen Barbartätigkeit erst allen Beteiligten den unschätzbaren Wert des Friedens zum Bewußtsein gebracht habe. Aber — und hier liegt der wichtigste Punkt der Ausführungen Poincarés —

troß alledem seien die Gefahren, die der Harmonie der Völker durch Interessengegensätze und nationale Rivalitäten drohen, keineswegs gebannt.

Es ist ohne weiteres zu erkennen, daß diese Worte mit besonderer Betonung gesprochen sind, im Hinblick auf die augenblicklich so lebhafteste Debatte über die Rheinländeräumung, die von Frankreich immer wieder hinausgefordert wird, mit der Begründung, daß die „nationalen Rivalitäten“ von deutscher Seite die Sicherheit

Frankreichs bedrohen. Poincarés Worte werden daher als ein Versuch gedeutet werden müssen, sich zu rechtfertigen und den Widerstand Frankreichs zu entschuldigen. Freilich scheint uns der Kongreß der Interparlamentarischen Union nicht gerade die geeignete Stelle für Frankreich, sich vor der Welt zu rechtfertigen. Es wäre wünschenswerter gewesen, wenn Poincaré lieber den in Paris versammelten Parlamentariern erklärt hätte: Frankreich wird, um wirklich dem Frieden zu dienen und die allgemeine Verständigung und Versöhnung zu beschleunigen, das Rheinland unverzüglich räumen.

So mußte

Reichstagspräsident Löbe

von sich aus diese Frage ansprechen und Herrn

Poincaré eine Lektion erteilen

die nur Beifall in Deutschland finden wird. Denn Löbe wies auf den Widerspruch hin, der in der Befehlsgebung des Gebietes liegt und dem zu gleicher Zeit ausgeprochenen Wunsch nach einer internationalen Verständigung.

Es fehle der große Zug des Entgegenkommens, der zu einer positiven Tat führen müsse.

Wenn beispielsweise Frankreich, so erklärte Löbe, am 1. Januar alle seine Truppen vom deutschen Boden zurückziehen würde, so würde damit ein wertvolles Werk der Menschenversöhnung vollbracht. Deutschland gehöre dem Völkerbunde an und sei gleichberechtigt mit den anderen Nationen in ihn eingetreten. Es habe die Verträge von Locarno, die die gegenseitige Sicherheit versprechen, unterzeichnet. Es habe auf die Befreiung deutschen Gebietes nach dem Abschluß der Locarno-Verträge gehofft.

Deutschland sei in dieser Hoffnung getäuscht worden

Die Rede des Reichstagspräsidenten wurde mehrfach von lebhaftem Beifall unterbrochen.

Nach weiteren Darlegungen des Japaners Tabebe und des Polen Dembinski wurde die Sitzung auf nachmittags vertagt. In der Nachmittagsitzung

wandte sich de Jouvenel Löbes Ausführungen zu.

Der Reichstagspräsident hätte nur, betonte er, mit einem gewissen Ja oder Nein von dem Frieden gesprochen. Das sei die Folge der Tatsache, daß in Locarno zwei

verschiedene politische Situationen in Europa geschaffen worden seien: ein Westeuropa mit anerkannten Grenzen und ein Osteuropa mit nicht anerkannten Grenzen.

Solange die Ostgrenzen nicht wirklich anerkannt seien, müsse Frankreich im Rheinlande bleiben.

Wenn Herr Löbe die Rheinländeräumung zum 1. Januar 1928 fordere, so müsse ihm geantwortet werden, daß

die Befehlsgebung der Rheinlande die einzige Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens in Osteuropa darstelle. Frankreich wünsche ein Europa in einem gemeinsamen Frieden. De Jouvenel schloß mit den Worten, auch er sei für die Räumung des Rheinlandes, aber nur unter der Voraussetzung, daß

vorher ein Ostlocarno

geschaffen werden würde.

Seine Ausführungen, die von Beifallstürmen auf den Bänken der Polen unterbrochen wurden, wurden von den deutschen Parlamentariern mit lebhaftem Beifall, hört, hört! und mit den Worten unerhört begleitet.

Das wäre Poincarés Mann

Wie die T. U. erfährt, betrachten die deutschen Parlamentarier die Ausführungen de Jouvenels als einen schweren Schlag gegen die von Briand erfolgte Verständigungspolitik. Die deutschen Parlamentarier werden in ihrer Antwortrede zum Ausdruck bringen, daß die Stresemann-Briand'sche Verständigungspolitik auf wesentlich anderer Grundlage aufgebaut ist, als die Ausführungen de Jouvenels, die man in französischen politischen Kreisen auf die Vermutung zurückführen, daß Poincaré gern de Jouvenel als Nachfolger Briands in seinem Kabinett sähe.

Zustimmung zum deutsch-französischen Handelsvertrag

Der Wortlaut des deutsch-französischen Handelsvertrages ist nunmehr von der Reichsregierung bekanntgegeben worden. Die französischen Tarife des neuen Abkommens sind durchaus nicht so günstig, wie man ursprünglich angenommen hatte. Aus Wirtschaftskreisen hören wir, daß man trotzdem mit dem Vertrag leidlich zufrieden ist, denn dessen Zollsätze liegen trotz ihrer absoluten Höhe zum großen Teil beträchtlich unter den Tarifen der bisherigen Provisorien. Die Sätze für lebenswichtige deutsche Exportprodukte sind niedriger als die Minimaltarife der französischen Zolltarife. Nur ganz wenige Waren unterliegen höheren Tarifen.

Die Wirtschaft hofft, daß auf Grund des neuen Abkommens der deutsch-französische Warenverkehr beträchtlich steigen wird.

junal ab 15. Dezember 1928 von Frankreich praktisch die uneingeschränkte Meistbegünstigung gewährt werden wird.

Der Reichsrat stimmte am Donnerstag nachmittag dem deutsch-französischen Handelsabkommen zu. Wegen des Abkommens stimmte Hessen, weil dadurch ein wichtiger Produktionszweig, und zwar der Weinbau, in seiner Lebensmöglichkeit getroffen werde.

Genug der Hebe!

Überdenkt man die einzelnen Fälle der letzten Zeit, in denen Frankreich und sein Trabant Belgien Gelegenheit nahmen, ihrem Haß gegen Deutschland Ausdruck zu geben, so faßt man sich an den Kopf und fragt sich erstaunt, ob denn wirklich alle ernsthaften und ehrlichen Friedensbemühungen und Verständigungsoversuche Deutschlands, ob all die schweren Opfer, die Deutschland in Genf und Locarno gebracht hat, tatsächlich völlig umsonst gewesen sind. Besonders der Verlauf der Denkmalsweihe in dem belgischen Städtchen Dinant mit den verschiedenen Heftreden von belgischer und französischer Seite ist geeignet, auch den letzten Rest von Vertrauen zur Ehrlichkeit des Friedenswillens der Gegenseite zu zerstören. In der Tat bedeuten die verschiedenen Reden, die in Dinant gehalten worden sind, nicht nur eine Brückensicherung Deutschlands, sondern geradezu eine Beleidigung, die die amtlichen deutschen Stellen zu Vorstellungen in Brüssel und Paris veranlassen sollte. Es ist verständlich, daß Belgien bemüht ist, die Tatsache zu verschleiern, daß das Vorhandensein und die Tätigkeit belgischer Frantireurs erst den Anlaß gegeben haben zu den traurigen Folgen, die so vielen Menschen, und darunter sicher auch manchem Unschuldigen, das Leben gekostet haben. Es ist gewiß zu beklagen, daß die Notwendigkeiten des Krieges mit solcher Schärfe in das Leben eines Volkes eingegriffen haben. Und es ist vom menschlichen Gesichtspunkt aus gewiß zu verstehen, daß jene Vorfälle, sobald man sie wieder in das Gedächtnis zurückruft, Zorn und Empörung hervorrufen. Kein Deutscher, kein Franzose, kein Russe würde anders empfinden. Eine andere Frage aber ist es, ob eine Berechtigung dafür vorhanden ist, daß derartige Vorfälle wie in Dinant, die bisher in jedem Kriege sich ereignet haben, von amtlichen Stellen und von hochgestellten Persönlichkeiten, die sich Führer ihres Volkes nennen, zu gemeinsamer Hebe gegen Deutschland ausgeschlachtet werden.

Hier liegt der eigentliche Grund, weshalb die Denkmalsweihe von Dinant und ihre agitatorische Aufmachung aufs allerhöchste verurteilt werden muß. Wenn beispielsweise der Leiter der ganzen Veranstaltung die Opfer von Dinant als Opfer eines Volkes von Mordern bezeichnet und ihre Erschießung das grauamte Verbrechen der Geschichte nannte, so liegt in diesen hasserfüllten Ausfällen gegen Deutschland eine solche ungeheuerliche Beleidigung, daß man gegen betriebl. Meistbegünstigung, neun Jahre nach Friedensschluß statt Völkerveröhnung Völkerver